
Günther H. Tontsch

Das Verhältnis von Partei und Staat in Rumänien
Kontinuität und Wandel 1944–1982

Verlag Wissenschaft und Politik · Köln

Inhalt

Vorwort	9
I. Das Verhältnis von Partei und Staat als Kernproblem des politischen Systems kommunistisch regierter Staaten, Problemstellung und Methoden	11
II. Das Partei-Staat-Verhältnis im Spiegel der Verfassungsentwicklung Rumäniens nach dem Zweiten Weltkrieg	18
1. Die politische und verfassungsrechtliche Lage zwischen 1944 und 1948	18
2. Die Verfassung von 1948 als verfassungsrechtlicher Ausdruck der Sowjetisierungsetappe	24
3. Die Verfassungsordnung 1952–1965. Das Rumänien des Parteichefs Gheorghiu-Dej	27
4. Die Verfassungsentwicklung im Rumänien des Parteichefs Ceauşescu	29
a) Präliminarien	29
b) Die Verfassung von 1965 im Spiegel der Machtumschichtung nach dem Tode von Gheorghiu-Dej	30
(1) Stellenwert und Normengehalt der Verfassung von 1965	30
(2) Die Staatsordnung in der Erstfassung der Verfassung von 1965	31
c) Die Verfassungsentwicklung 1965–1974 – Anlauf des Reorganisationskarussells	34
(1) Überblick	34
(2) Die Gebiets- und Verwaltungsreform von 1968 und die Umschichtung der lokalen Partei-Staat-Beziehungen	36
(3) Die Verfassungsnovelle von 1969 als rechtlicher Rahmen für den weiteren Ausbau der Spitzenstellung des Staatsrates im System der Staatsorgane	38
(4) Die Reorganisation der Staatsverwaltung 1969–1974	39
d) Die Verfassungsreform vom März 1974: das Amt des Republikspräsidenten	43
III. Das gewandelte Rollenverständnis von Partei und Staat aus der Sicht der rumänischen Parteidoktrin und Staatslehre	48
1. Der methodologische Rahmen	48
2. Zur Metamorphose der These vom »Absterben des Staates«	49
3. »Staat« und/oder »politisches System« als Bezugsrahmen für das Partei-Staat-Verhältnis	52

4. Die »vielseitig entwickelte-sozialistische Gesellschaft« und der »Staat der Arbeiterdemokratie«	58
5. Das »sozialistische Entwicklungsland« Rumänien	61
6. »Sozialistische Nation« und »sozialistischer Nationalstaat«	63
7. Das Prinzip von der führenden Rolle der Partei	69
a) Die Verfassungsbestimmung von der führenden Rolle der RKP und ihr rechtlicher Stellenwert	69
b) Das parteidoktrinäre Verständnis der Führungsrolle: Der Essay von Ceauşescu (1967) über die führende Rolle der Partei. Aktualität und Weiterentwicklung	74
c) Die Triade Führende Rolle – Wachsende Rolle – Verflechtung von Partei und Staat und ihre praktische Transformation	83
IV. Die Rumänische Kommunistische Partei im Machtgefüge	87
1. Die Rumänische Kommunistische Partei und ihr Apparat	87
2. Das Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei – Macht-einbußen seit 1965	89
a) Parteirecht und Wirklichkeit	89
b) Mitgliederbestand	89
c) ZK-Kompetenz im innerparteilichen Machtgefüge	90
d) Weisungskompetenz des ZK gegenüber dem Staatsapparat	91
e) Der Aufbau des ZK-Apparates	92
3. Das Politische Exekutivkomitee des ZK der RKP	93
a) Begriff und Rechtsstellung	93
b) Entstehungsgeschichte	93
c) Organkompetenz und Arbeitsweise	94
d) Grad der personellen Partei-Staat-Verflechtung im Politischen Exekutivkomitee	96
V. Die Führerstellung von Ceauşescu in Partei und Staat	100
1. Rumänien und die Problematik der Einmannherrschaft kommunistisch regierter Staaten	100
2. Der Generalsekretär der RKP und der Parteiapparat	101
a) Vorspann	101
b) Die inneren Voraussetzungen der Machtkonzentration	101
c) Die äußeren Voraussetzungen der Machtkonzentration	107
d) Das normative Verhältnis Generalsekretär – Parteiapparat und seine praktischen Auswirkungen	109
3. Der Republikpräsident und der Staatsapparat	111
4. Das »Führer«-Bild von Ceauşescu zwischen Propagandaanspruch und Realitätsbezug	117
VI. Die Partei-Staat-Verflechtung auf der mittleren und unteren Staatsverwaltungsebene	120
1. Vorbemerkung	120
2. Die Verwaltungsreform von 1968 als Ausgangspunkt für die Neuordnung der örtlichen Partei-Staat-Beziehungen und ihre weitere Entwicklung	121

3. Der Rechtsmechanismus der Ämterkumulation in der lokalen Staatsverwaltung	125
a) Die Rechtsgrundlagen der Ämterverknüpfung	125
b) Parteiliche und staatliche Rechtsgrundlagenkollision und ihr wahlrechtliches Korrektiv	127
4. Konsequenzen der Personalunionen in der Lokalverwaltung. Abwägung der Vor- und Nachteile	129

VII. Das Partei-Staat-Verhältnis auf der unteren Leitungsebene der Wirtschaftsverwaltung.

Die veränderte Rechtsstellung des Betriebsparteisekretärs	132
1. Vorbemerkung	132
2. Der wirtschaftspolitische Rahmen	132
3. Die parteirechtlichen Grundlagen	134
a) Der Parteiaufbau in den staatlichen Wirtschaftsorganisationen	134
b) Die Stellung des Parteisekretärs und die Parteikontrolle der Betriebsleitung	134
c) Wesen und Inhalt des Kontrollrechts	135
d) Die Organisation der betrieblichen Parteikontrolle. Der Kontrollapparat	136
4. Die Rechtsgrundlagen der Betriebsorganisation	136
a) Präzedenzen	136
b) Die Entwicklungen nach 1967	137
c) Die Grundzüge der neuen Betriebsorganisation	137
d) Die Transformation des Werktagenrats zum Kontrollinstrument des Betriebsparteisekretärs	138
e) Die relative Machteinschränkung des Betriebsleiters	140
5. Ergebnis und Ausblick	141

VIII. Die gemischten »Partei- und Staatsorgane« 143

1. Begriffserläuterung und Forschungsgegenstand	143
2. Ansiedlung in sensitiven Machtbereichen. Organkatalog und Rechtsquellen	144
a) Bereich Planung und Kontrolle der Planerfüllung	144
(1) Oberster Rat für wirtschaftliche und soziale Entwicklung	144
(2) Rat für wirtschaftliche und soziale Organisation	145
(3) Zentralrat für Arbeiterkontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit	145
(4) Komitee für Fragen der Volksräte	146
(5) Zentrale Partei- und Staatskommission für Systematisation des Staatsgebiets sowie der städtischen und ländlichen Ortschaften	147
b) Bereich Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	147
(1) Verteidigungsrat	147
(2) Patriotische Garden	147
(3) Staatssicherheitsdienst	148

c) Bereich Medien und Informationskontrolle	148
(1) Rumänischer Rund- und Fernsehfunk	148
(2) Rumänische Presseagentur »Agerpres«	149
(3) Komitee für Presse- und Druckwesen (1975–1977)	150
d) Bereich Wissenschaft und Kultur	150
(1) Landesrat für Wissenschaft und Technologie	150
(2) Rat für sozialistische Kultur und Erziehung	151
3. Entstehungsgeschichtliche Prüfungsansätze	152
4. Die Ermächtigungsgrundlage für die Errichtung von gemischten Partei- und Staatsorganen	154
5. Die Rechtsnatur der gemischten Partei- und Staatsorgane als Qualifikationsproblem der rumänischen Staatslehre	156
a) Die Einordnung der gemischten Partei- und Staatsorgane in den Organraster der Landesverfassung	156
b) Die Problematik der Partei-Staat-Verflechtung in der Befugnisstruktur der gemischten Partei- und Staatsorgane	159
6. Die gemischten Partei- und Staatsorgane als Argumentationshilfe für die These von der Staatsorganhaftigkeit der »Partei«	161
7. Schlußbetrachtung	165
 Anmerkungen	 167
Sachregister	197
Personenregister	201
Abkürzungen	203